

„Super-GAU“ : PI bewegt Frankfurt



„Vielfalt bewegt

Frankfurt“ – das ist das von der Skandal-Integrationsdezernentin Eskandari-Grünberg für ihr neues „Integrationskonzept“ ausgerufene Motto. Ziemlich fürchterlich müssen ihre Kopfschmerzen zwischenzeitlich, wie auch in den Besprechungszimmern von Politik und Integrationsmedien, geworden sein, denn momentan bewegt ausschließlich die seriöse Recherche-Arbeit von PI die Stadt Frankfurt.

(Gastbeitrag der PI-Gruppe Frankfurt)

Entsprechend ungewohnt sind die schrillen Töne, die man im sonst so überaus auffallend unkritisch-islamophilen Feuilleton der Frankfurter Rundschau zu den antisemitischen Geschichten rund um den Moscheeneubau in Frankfurt-Hausen, der schiitischen Hazrat Fatima Zehra Gemeinde und ihren „Tod Israel“-Imam Sabahaddin Türkyilmaz lesen kann:

Leitartikel

Grenze überschritten

Der Ruf der Hazrat-Fatima-Gemeinde ist beschädigt, da hilft nur klares Aufräumen! Vertrauen gewänne sie zurück, wenn sie sich von ihrem Imam lossagt.

In den vergangenen Tagen haben viele Frankfurter gehofft,

dass es nur ein schlecht recherchierter Beitrag ist, mit dem Stimmung gemacht werden soll gegen eine Moscheegemeinde und damit auch gegen deren Generalsekretär Ünal Kaymakçi.

Doch seitdem die Predigt bekannt wurde, in der Imam Türkyilmaz aus Anlass des Al-Quds-Tags dafür betet, dass „Allah das besetzte Palästina aus den Händen der Zionisten befreien“ möge, scheinen die Vorwürfe gegen den Geistlichen berechtigt zu sein.

Nachdem die Tonlage der FR nach Ausstrahlung des „defacto“-Filmberichtes noch von dem automatisierten Bemühen nach Aufklärung von jederzeit möglichen Missverständnissen und dem Alarmismus vor möglichen „unbegründeten Ressentiments“ geprägt wurde, liest man heute dort Stammtischparolen wie „Aufräumen!“, oder „Lossagen vom Imam“ und vor allem natürlich gar nichts davon, wer den endgültigen Beweis für die in hohem Maße antisemitischen Denkstrukturen eines Imam Türkyilmaz erbracht hat. Sicherlich legt die FR ansonsten immer großen Wert darauf, dass beim Zitieren ihrer Recherchen und Berichte auf die Redaktion der FR verwiesen wird. Genauso selbstverständlich möchte man dort aber nicht preisgeben, dass PI-News der Urheber der Recherche über die Al-Quds-Khomeini-Predigt des wohl endgültig nicht mehr tragbaren Imam Türkyilmaz gewesen ist, die nun Frankfurt in Bewegung gesetzt und zur folgenden Aussage des Direktors der katholischen Bildungsstätte „Haus am Dom“ geführt hat:

Von einem „Super-GAU“ sprach Joachim Valentin, Direktor der katholischen Bildungsstätte Haus am Dom. Der interreligiöse Dialog werde in Verruf gebracht.

Wo er Recht hat, hat er Recht, der Herr Direktor, denn erst kürzlich mussten Vertreter des von Integrationsdezernentin Eskandari-Grünberg ins Leben gerufenen „Rates der Religionen“ beim Abschluss einer von PI-Aktivisten höchst multikulturell unterwanderten Wohlfühlveranstaltung mit Scharia-Professor

Rohe von der berüchtigten Universität Erlangen, im Frankfurter Haus am Dom hörbar „das wird immer schlimmer“ stöhnen (PI berichtete).

Wirklich stöhnen muss man über diesen Rat der Religionen, aus Führungspersönlichkeiten verschiedener Glaubensgemeinschaften gebildet, der seine üblichen Verdrängungsmechanismen hinter blumigen und kulissenhaft anmutenden Formulierungen versteckt. So erfuhr PI-Frankfurt Aktivist „20. Juli 1944“ von der Geschäftsführerin des Rates, Pfarrerin Ilona Klemens, dass sie freilich gar nichts von der enthüllten Freitagspredigt des Imam Türkyilmaz weiß und wissen will. Was soll sie auch darüber wissen wollen als interessierte Geschäftsführerin und lehnte deshalb eine Stellungnahme ab. Der Vorsitzende des Rates mit 23 Mitgliedern, der griechisch-orthodoxe Pfarrer Athenagoras Ziliaskopoulos, wusste auch nichts von der antisemitischen Predigt, wollte aber immerhin nicht ungebildet bleiben und bat um Übersendung des entsprechenden PI-Artikels. Das spricht für ihn und dieser Aufforderung sind wir natürlich gerne im Bewusstsein von Aufklärung und gegenseitigem Respekt nachgekommen, obwohl dieser hohe Ratsvorsitzende durchaus gerne mal laut in öffentlichen Runden unliebsame Islamkritiker respektlos als „christliche Taliban“ bezeichnet und zwar immer dann, wenn ihre Argumente besser sind als seine eigenen. Der unbedarfte Leser, verständlicherweise überfordert mit so vielen religiösen Räten und ihren Aussagen, muss dazu nur wissen, dass der Moscheebaugeneralsekretär Ünal Kaymakçi der Hazrat Fatima Zehra Gemeinde, deren derzeitiger Imam Herr Türkyilmaz noch ist, ebenfalls (noch) im Rat einen gewichtigen Stuhl innehat.

Weil das so ist und Herr Kaymakçi, neben vielen anderen Funktionen, auch bequem am „Runden Tisch der Landesregierung zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts“ sitzt, meldete sich nunmehr vernünftigerweise der hessische Superminister für Justiz, Integration und Europa, Jörg-Uwe Hahn (FDP) im Hessischen Rundfunk zu Wort:

Hahn forderte die Moscheegemeinde und ihren Generalsekretär Ünal Kaymakci auf, sich klar zu den Grundwerten der freiheitlich demokratischen Rechtsordnung und zur Gleichberechtigung von Mann und Frau zu bekennen. Kaymakci ist auch stellvertretender Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) und sitzt mit am Runden Tisch der Landesregierung zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts. Ein friedliches und tolerantes Miteinander sei Grundbedingung für eine erfolgreiche Integration, sagte Hahn. Für die Regierung könne es keine Zusammenarbeit mit Personen oder Vereinigungen geben, deren Äußerungen oder Verhalten Zweifel daran hinterließen.

Stichwort Hessischer Rundfunk: am kommenden Sonntag, 21. Februar um 18 Uhr, wird eine neue Reportage im Zusammenhang mit den Vorgängen um den möglicherweise unheilbar antisemitischen Moscheebauverein in Frankfurt-Hausen ausgestrahlt.

Darin sind neue Enthüllungen angekündigt auf die man gespannt warten darf, denn eines ist sicher: mit dem Moscheeneubau in Frankfurt-Hausen gehen einem die Nachrichten nicht aus, denn für den kommenden Dienstag ist zudem eine Pressekonferenz des Moscheebauvereins angekündigt. So ein Nachrichten- und Verlautbarungsgedrängel gibt es ja auch nicht alle Tage.

Aber noch wichtiger als das ist die Erkenntnis, dass die engagierte Arbeit von PI-Gruppen nunmehr das Geschehen in der Politik auf Stadt- und Landesebene bewegt. Die nächste Phase ist erreicht: Politik und Medien müssen vollkommen ungewohnt, wie die olympischen Bobfahrer vom Damenstart, zur Abwechslung reagieren und können nicht weiter über mündige Bürger hinwegregieren und sicherlich, es wird „schlimmer“ werden, da können sie sich sicher sein.

Im konkreten Fall wird nun ein Imam arbeitslos und eine Moscheebaugemeinde steht selbstverschuldet ohne geistliche

Führung vor der ausgehobenen Baugrube. Es lohnt sich also teilzuhaben an den Debatten und sich als mündiger Bürger nicht einschüchtern zu lassen von Politikern und Medien, die niemals müde werden, ihre eigenen Bürger und Wähler mindestens als „Angehörige der rechten Szene“ zu verunglimpfen – immer dann, wenn es zu nah an die Wahrheit um die Islamisierung dieses Landes geht. Um es abschließend mit den Worten des auch im Nachbarland Niederlande gewohnheitsmäßig als „Rechtspopulisten“ diffamierten Geert Wilders zu sagen: „Wenn etwas wahr ist, wie kann es dann strafbar sein?“